

**Antrag 05/I/2026****Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Parteireform 4. Teil: Willkommenskultur, Awareness, Gleichstellung und Inklusion.**

1 Solidarität ist die wichtigste Grundlage für die innerpar-  
 2 teiliche Zusammenarbeit, denn die SPD ist eine Mitglie-  
 3 derpartei. Wir wollen als linke Volkspartei, dass alle Men-  
 4 schen sich einbringen und mitentscheiden können – un-  
 5 abhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder Le-  
 6 bensweise. Wir wollen ein politisches Zuhause für Men-  
 7 schen mit unterschiedlichsten Lebensentwürfen und Hin-  
 8 tergründen sein.

9  
 10 Dafür haben wir in der Vergangenheit unterschiedliche  
 11 Maßnahmen für eine gleichberechtigte und diskriminie-  
 12 rungsfreie Teilhabe ergriffen:

13  
 14 Berlin ist der erste Landesverband, der die weibliche Dop-  
 15 pelspitze gefordert hat. Mit den jüngsten Parteireformen  
 16 haben wir u. a. die geschlechtergerechte Quotierung der  
 17 Antragskommission beschlossen und bei den beraten-  
 18 den Landesparteitagsdelegierten auf mehr Gleichstellung  
 19 der Geschlechter hingewirkt. Auch haben wir den politi-  
 20 schen Beschluss gefasst, dass unsere Wahlvorschläge auf  
 21 Bezirks-, Landes- und Bundesebene mit einer Frau begin-  
 22 nen sollen.

23  
 24 Gegen Diskriminierungen haben wir im Landesverband  
 25 unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Wir haben ein  
 26 Awareness-Team eingerichtet. Awareness bedeutet in  
 27 diesem Kontext, besondere Aufmerksamkeit für Diskrimi-  
 28 nierung, Grenzverletzungen oder unangemessenem Ver-  
 29 halten zu fördern. Damit haben wir erstmals ein Format  
 30 zur Vermittlung von Konflikten, Diskriminierungen und  
 31 Übergriffen geschaffen. Mit diesem erhalten Betroffene  
 32 Personen eine individuelle Unterstützung. Das zählt auf  
 33 eine gute Parteikultur und ein gutes Miteinander ein.

34  
 35 Im Kurt-Schumacher-Haus, unserer Parteizentrale und  
 36 den Kreisbüros haben wir geschlechtsneutrale Toiletten  
 37 geschaffen. Die Berliner Parteizentrale stellt ein kostenlo-  
 38 ses Angebot an Menstruationsartikeln auf den Toiletten  
 39 zur Verfügung.

40  
 41 Unsere Anträge müssen in geschlechtergerechter Sprache  
 42 verfasst werden. In der Geschäftsordnung haben wir die  
 43 Quotierung bei Redelisten verankert und einen Anspruch  
 44 auf identitätsentsprechende Ansprache geschaffen.

45  
 46 Bereits im Jahr 2014 haben wir ein umfassendes Leitbild  
 47 zur Gleichstellung für die SPD Berlin beschlossen.  
 48 Trotz dieser Fortschritte sind FINTA und Menschen mit Be-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Solidarität ist die wichtigste Grundlage für die innerpar-  
 teiliche Zusammenarbeit, denn die SPD ist eine Mitglie-  
 derpartei. Wir wollen als linke Volkspartei, dass alle Men-  
 schen sich einbringen und mitentscheiden können – un-  
 abhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder Le-  
 bensweise. Wir wollen ein politisches Zuhause für Men-  
 schen mit unterschiedlichsten Lebensentwürfen und Hin-  
 tergründen sein.

Dafür haben wir in der Vergangenheit unterschiedliche  
 Maßnahmen für eine gleichberechtigte und diskriminie-  
 rungsfreie Teilhabe ergriffen:

Berlin ist der erste Landesverband, der die weibliche Dop-  
 pelspitze gefordert hat. Mit den jüngsten Parteireformen  
 haben wir u. a. die geschlechtergerechte Quotierung der  
 Antragskommission beschlossen und bei den beraten-  
 den Landesparteitagsdelegierten auf mehr Gleichstellung  
 der Geschlechter hingewirkt. Auch haben wir den politi-  
 schen Beschluss gefasst, dass unsere Wahlvorschläge auf  
 Bezirks-, Landes- und Bundesebene mit einer Frau begin-  
 nen sollen.

Gegen Diskriminierungen haben wir im Landesverband  
 unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Wir haben ein  
 Awareness-Team eingerichtet. Awareness bedeutet in  
 diesem Kontext, besondere Aufmerksamkeit für Diskrimi-  
 nierung, Grenzverletzungen oder unangemessenem Ver-  
 halten zu fördern. Damit haben wir erstmals ein Format  
 zur Vermittlung von Konflikten, Diskriminierungen und  
 Übergriffen geschaffen. Mit diesem erhalten Betroffene  
 Personen eine individuelle Unterstützung. Das zählt auf  
 eine gute Parteikultur und ein gutes Miteinander ein.

Im Kurt-Schumacher-Haus, unserer Parteizentrale und  
 den Kreisbüros haben wir geschlechtsneutrale Toiletten  
 geschaffen. Die Berliner Parteizentrale stellt ein kostenlo-  
 ses Angebot an Menstruationsartikeln auf den Toiletten  
 zur Verfügung.

Unsere Anträge müssen in geschlechtergerechter Sprache  
 verfasst werden. In der Geschäftsordnung haben wir die  
 Quotierung bei Redelisten verankert und einen Anspruch  
 auf identitätsentsprechende Ansprache geschaffen.

Bereits im Jahr 2014 haben wir ein umfassendes Leitbild  
 zur Gleichstellung für die SPD Berlin beschlossen.  
 Trotz dieser Fortschritte sind FINTA und Menschen mit Be-

49 hinderungen in unserer Partei noch unterrepräsentiert.  
 50 Wir wollen Diskriminierungen weiter abbauen und gleich-  
 51 zeitig Politik, Familie und Privatleben besser vereinbar ma-  
 52 chen. Dazu brauchen wir nicht nur formale Beschlüsse,  
 53 sondern einen parteiinternen kulturellen Wandel.

54

55 Vor diesem Hintergrund beschließt der Landesparteitag  
 56 auf Vorschlag der Organisationspolitischen Kommission  
 57 die nachfolgenden Maßnahmen:

58

### 59 **1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen -** 60 **Awarenessarbeit weiter stärken**

61

62 1. Es muss sichergestellt sein, dass ehrenamtliche Par-  
 63 teiarbeit frei ist von jeder Form von Diskriminierung,  
 64 d. h. Sexismus, Rassismus, Herabwürdigungen und  
 65 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Das ver-  
 66 trauensvolle Miteinander ist eine zentrale Voraus-  
 67 setzung für eine solidarische und lebendige Partei.  
 68 Mit der Awareness-Richtlinie haben wir die Aware-  
 69 nessarbeit im gesamten Landesverband auf eine so-  
 70 lide Grundlage gestellt. Die Richtlinie wird dahin-  
 71 gehend überarbeitet, dass zukünftig der Landesvor-  
 72 stand das Awarenesssteam wählt.

73

74 1. Das Awareness-Team wird regelmäßig, mit entspre-  
 75 chendem Material, z.B. in Form eines Leitfadens, vor-  
 76 gestellt – vor allem neuen Mitgliedern. Ansprech-  
 77 personen werden klar erkennbar benannt.

78 2. Mittelfristig soll das ständige Awarenesssteam in die  
 79 Lage versetzt werden, Schulungsangebote zur grup-  
 80 penbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Partei  
 81 anzubieten und als Multiplikatorin zu wirken. Da-  
 82 zu gehört auch ein Wissensaustausch über Arbeits-  
 83 weise und Diskriminierungsformen mit den Mitglie-  
 84 dern der Awareness-Teams aus Kreisen und Arbeits-  
 85 gemeinschaften. Der Landesverband wird dazu In-  
 86 formationsveranstaltungen nach dem Vorbild der  
 87 Parteischule durchführen.

88

### 89 **2 Inklusive und barrierefreie Parteilarbeit**

90

91 1. Die Berliner SPD hat das Ziel, eine inklusive und bar-  
 92 rierfreie Partei zu sein. Alle Parteiveranstaltungen  
 93 – ob Sitzungen, Parteitage oder digitale Formate –  
 94 sollen inklusiv und barrierefrei gestaltet werden.

95 2. Nicht alles, was bei Großveranstaltungen, Behörden  
 96 und Unternehmen Standard ist, lässt sich im Partei-  
 97 alltag realisieren. Dies befreit uns jedoch nicht von  
 98 der Verantwortung, besser zu werden.

99 3. Der Landesvorstand beauftragt aus dem Kreis der  
 100 hauptamtlichen Mitarbeitenden künftig eine\*n In-  
 101 klusionsbeauftragte\*n, der auf die Umsetzung des

hinderungen in unserer Partei noch unterrepräsentiert.  
 Wir wollen Diskriminierungen weiter abbauen und gleich-  
 zeitig Politik, Familie und Privatleben besser vereinbar ma-  
 chen. Dazu brauchen wir nicht nur formale Beschlüsse,  
 sondern einen parteiinternen kulturellen Wandel.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Landesparteitag  
 auf Vorschlag der Organisationspolitischen Kommission  
 die nachfolgenden Maßnahmen:

### **1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen -** **Awarenessarbeit weiter stärken**

1. Es muss sichergestellt sein, dass ehrenamtliche Par-  
 teiarbeit frei ist von jeder Form von Diskriminierung,  
 d. h. Sexismus, Rassismus, Herabwürdigungen und  
 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Das ver-  
 trauensvolle Miteinander ist eine zentrale Voraus-  
 setzung für eine solidarische und lebendige Partei.  
 Mit der Awareness-Richtlinie haben wir die Aware-  
 nessarbeit im gesamten Landesverband auf eine so-  
 lide Grundlage gestellt. Die Richtlinie wird dahin-  
 gehend überarbeitet, dass zukünftig der Landesvor-  
 stand das Awarenesssteam wählt.

1. Das Awareness-Team wird regelmäßig, mit entspre-  
 chendem Material, z.B. in Form eines Leitfadens, vor-  
 gestellt – vor allem neuen Mitgliedern. Ansprech-  
 personen werden klar erkennbar benannt.

2. Mittelfristig soll das ständige Awarenesssteam in die  
 Lage versetzt werden, Schulungsangebote zur grup-  
 penbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Partei  
 anzubieten und als Multiplikatorin zu wirken. Da-  
 zu gehört auch ein Wissensaustausch über Arbeits-  
 weise und Diskriminierungsformen mit den Mitglie-  
 dern der Awareness-Teams aus Kreisen und Arbeits-  
 gemeinschaften. Der Landesverband wird dazu In-  
 formationsveranstaltungen nach dem Vorbild der  
 Parteischule durchführen.

### **2 Inklusive und barrierefreie Parteilarbeit**

1. Die Berliner SPD hat das Ziel, eine inklusive und bar-  
 rierfreie Partei zu sein. Alle Parteiveranstaltungen  
 – ob Sitzungen, Parteitage oder digitale Formate –  
 sollen inklusiv und barrierefrei gestaltet werden.

2. Nicht alles, was bei Großveranstaltungen, Behörden  
 und Unternehmen Standard ist, lässt sich im Partei-  
 alltag realisieren. Dies befreit uns jedoch nicht von  
 der Verantwortung, besser zu werden.

3. Der Landesvorstand beauftragt aus dem Kreis der  
 hauptamtlichen Mitarbeitenden künftig eine\*n In-  
 klusionsbeauftragte\*n, der auf die Umsetzung des

102 Inklusionsplans und den folgenden Maßnahmen  
 103 hingewirkt, sowie Menschen mit Behinderung ne-  
 104 ben der AG Selbst Aktiv als Ansprechperson zur Ver-  
 105 fügung steht.

106 4. Aufgrund der eingeschränkten Barrierefreiheit  
 107 der Sitzungssäle in den oberen Etagen im Kurt-  
 108 Schumacher-Haus begrüßen wir die Schaffung  
 109 weiterer barrierefreier Versammlungsräume im  
 110 Erdgeschoss, insbesondere in der Galerie. Die  
 111 Kreisbüros sollen barrierefrei sein. Die jewei-  
 112 ligen Voraussetzungen sollen geprüft und die  
 113 entsprechenden Maßnahmen (Rollstuhlrampen,  
 114 kontrastreiche Farbgebung, Induktionsschleifen  
 115 u.ä. Umbau von Toiletten) umgesetzt werden;  
 116 der\*die Inklusionsbeauftragte unterstützt diesen  
 117 Prozess z.B. durch Beratung bei der Einwerbung von  
 118 Fördermitteln.

119 5. Einladungen sollen Hinweise zur Erreichbarkeit,  
 120 Barrierefreiheit bzw. Barrierearmut enthalten. Die  
 121 Einladungsgestaltung soll sich an der von der AG  
 122 Selbst Aktiv ausgearbeiteten Checkliste orientieren.  
 123 Darüber hinaus soll im Rahmen des Einladungsver-  
 124 sands Menschen mit Behinderung die Möglichkeit  
 125 gegeben werden, ihre Bedarfe mitzuteilen. Dafür  
 126 werden den Gliederungen und Arbeitsgemeinschaf-  
 127 ten eine Vorlage bereitgestellt. Veranstaltungsein-  
 128 ladungen des Landesverbands zu größeren Veran-  
 129 staltungen und Landesparteitagten sollen auch in  
 130 einfacher Sprache bereitgestellt werden.

131 6. Digitale Dokumente der Parteiarbeit sollen für blind-  
 132 e und sehbehinderte Menschen nutzbar sein. Da-  
 133 zu gehört ein ausreichend großes, kontrastreiches  
 134 Schriftbild sowie eine Formatierung von Überschrif-  
 135 ten und Texten, die diese maschinell lesbar macht  
 136 ("Screen-Reader"). Der\* die\* Inklusionsbeauftragte  
 137 wird gemeinsam mit der AG Selbst Aktiv eine Richtli-  
 138 nie dafür erarbeiten, die ohne besondere Computer-  
 139 kenntnisse oder zusätzliche Software auskommt. Ei-  
 140 ne Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Blinden-  
 141 und Sehbehindertenverband Berlin (ABSV) wird an-  
 142 gestrebt.

143 7. Die SPD Berlin wird ihr Wahlprogramm zukünftig in  
 144 mehreren Sprachen und in leichter Sprache zur Ver-  
 145 fügung stellen. Vorgesehen sind Übersetzungen in  
 146 die neben Deutsch in Berlin häufigsten Sprachen.

147 8. Die SPD Berlin stellt weiterhin gehörlosen Gen-  
 148 noss\*innen Gebärdensprach-, Schriftdolmet-  
 149 scher\*innen oder technische Hilfsmittel zur Verfü-  
 150 gung. Insbesondere muss dadurch das aktive und  
 151 passive Wahlrecht nach dem Grundsatz der Chan-  
 152 cengleichheit gewährleistet sein. Hierfür wird für  
 153 den Einzelfall eine bedarfsgerechte Finanzierung  
 154 geprüft.

Inklusionsplans und den folgenden Maßnahmen  
 hingewirkt, sowie Menschen mit Behinderung ne-  
 ben der AG Selbst Aktiv als Ansprechperson zur Ver-  
 fügung steht.

4. Aufgrund der eingeschränkten Barrierefreiheit  
 der Sitzungssäle in den oberen Etagen im Kurt-  
 Schumacher-Haus begrüßen wir die Schaffung  
 weiterer barrierefreier Versammlungsräume im  
 Erdgeschoss, insbesondere in der Galerie. Die  
 Kreisbüros sollen barrierefrei sein. Die jewei-  
 ligen Voraussetzungen sollen geprüft und die  
 entsprechenden Maßnahmen (Rollstuhlrampen,  
 kontrastreiche Farbgebung, Induktionsschleifen  
 u.ä. Umbau von Toiletten) umgesetzt werden;  
 der\*die Inklusionsbeauftragte unterstützt diesen  
 Prozess z.B. durch Beratung bei der Einwerbung von  
 Fördermitteln.

5. Einladungen sollen Hinweise zur Erreichbarkeit,  
 Barrierefreiheit bzw. Barrierearmut enthalten. Die  
 Einladungsgestaltung soll sich an der von der AG  
 Selbst Aktiv ausgearbeiteten Checkliste orientieren.  
 Darüber hinaus soll im Rahmen des Einladungsver-  
 sands Menschen mit Behinderung die Möglichkeit  
 gegeben werden, ihre Bedarfe mitzuteilen. Dafür  
 werden den Gliederungen und Arbeitsgemeinschaf-  
 ten eine Vorlage bereitgestellt. Veranstaltungsein-  
 ladungen des Landesverbands zu größeren Veran-  
 staltungen und Landesparteitagten sollen auch in  
 einfacher Sprache bereitgestellt werden.

6. Digitale Dokumente der Parteiarbeit sollen für blind-  
 e und sehbehinderte Menschen nutzbar sein. Da-  
 zu gehört ein ausreichend großes, kontrastreiches  
 Schriftbild sowie eine Formatierung von Überschrif-  
 ten und Texten, die diese maschinell lesbar macht  
 ("Screen-Reader"). Der\* die\* Inklusionsbeauftragte  
 wird gemeinsam mit der AG Selbst Aktiv eine Richtli-  
 nie dafür erarbeiten, die ohne besondere Computer-  
 kenntnisse oder zusätzliche Software auskommt. Ei-  
 ne Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Blinden-  
 und Sehbehindertenverband Berlin (ABSV) wird an-  
 gestrebt.

7. Die SPD Berlin wird ihr Wahlprogramm zukünftig in  
 mehreren Sprachen und in leichter Sprache zur Ver-  
 fügung stellen. Vorgesehen sind Übersetzungen in  
 die neben Deutsch in Berlin häufigsten Sprachen.

8. Die SPD Berlin stellt weiterhin gehörlosen Gen-  
 noss\*innen Gebärdensprach-, Schriftdolmet-  
 scher\*innen oder technische Hilfsmittel zur Verfü-  
 gung. Insbesondere muss dadurch das aktive und  
 passive Wahlrecht nach dem Grundsatz der Chan-  
 cengleichheit gewährleistet sein. Hierfür wird für  
 den Einzelfall eine bedarfsgerechte Finanzierung  
 geprüft.

155 9. Im Internet und den Sozialen Medien soll der Lan-  
 156 desverband von Menschen mit unterschiedlichen  
 157 Behinderungen und Einschränkungen auffindbar  
 158 sein. Informationen über Gliederung, Aufgaben, poli-  
 159 tische Schwerpunkte, handelnde Personen, Mög-  
 160 lichkeiten der Beteiligung und Kontaktmöglichkei-  
 161 ten sollen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip verfügbar  
 162 sein: Schriftlich, als Audio-Stream als Video in Deut-  
 163 scher Gebärdensprache - und jeweils auch in leich-  
 164 ter Sprache.

165

### 166 3 Strukturen für mehr FINTA\*-Personen in der Partei

167

168 1. Wir streben Parität in allen Gremien, Delegationen  
 169 und Vorständen an. Die bisherige Mindestquote von  
 170 40 % nicht-männlicher Delegierten ist für uns nur  
 171 die Untergrenze.

172 2. Dies gilt auch für Nominierungen.

173 3. Bei Veranstaltungen der SPD Berlin ist es unser  
 174 Anspruch, Podien geschlechtergerecht zu besetzen  
 175 und Redebeiträge mindestens hälftig von FINTA hal-  
 176 ten zu lassen.

177 4. Nachhaltige Verhaltensänderungen bei den han-  
 178 delnden Menschen sind die Voraussetzung für den  
 179 Abbau der Hürden für FINTA\* in der SPD. Der Lan-  
 180 desverband führt (wie im Leitbild für Gleichstellung  
 181 2014 vom Landesparteitag beschlossen) regelmäßi-  
 182 ge Gendertrainings ein, in denen Menschen in Füh-  
 183 rungspositionen in der Partei geschult werden. Laut  
 184 Leitbild soll diese für alle Mitglieder von geschäfts-  
 185 führenden Vorständen verpflichtend sein. Die Gen-  
 186 dertrainings werden mindestens zweimal jährlich  
 187 angeboten.

188 5. Mentoringprogramme und Empowerment-  
 189 Schulungen für FINTA\* werden vom Landesverband  
 190 finanziell wie organisatorisch unterstützt.

191 6. Auf Kreis- und Landesebene gibt es regelmäßig ei-  
 192 nen Kennenlern-Termin für die nicht-männlichen  
 193 Neumitglieder der Partei.

194 7. Die Social-Media- und Öffentlichkeitsarbeit der SPD  
 195 Berlin wird geschlechtergerecht gestaltet und auch  
 196 in der Außendarstellung FINTA\* angesprochen.

197 8. Doppelspitzen führen dazu, dass mehr FINTA\* in  
 198 Führungsverantwortung in der Partei gehen. Um die  
 199 Vertretung der Doppelspitzen auf der nächsthöhe-  
 200 ren Ebene zu gewährleisten, wird das Statut geän-  
 201 dert, so dass sich Doppelspitzen mit Stimmberech-  
 202 tigung in den Gremien vertreten können.

203 9. Um die Diskriminierung von TINA\*Personen, die sich  
 204 weder als männlich noch als weiblich identifizieren,  
 205 in unserer Partei weiter abzubauen, setzen wir die  
 206 Arbeit der auf dem Landesparteitag 1\_2024 im An-  
 207 trag 09/I/2024 beschlossenen Reformkommission

9. Im Internet und den Sozialen Medien soll der Lan-  
 desverband von Menschen mit unterschiedlichen  
 Behinderungen und Einschränkungen auffindbar  
 sein. Informationen über Gliederung, Aufgaben, poli-  
 tische Schwerpunkte, handelnde Personen, Mög-  
 lichkeiten der Beteiligung und Kontaktmöglichkei-  
 ten sollen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip verfügbar  
 sein: Schriftlich, als Audio-Stream als Video in Deut-  
 scher Gebärdensprache - und jeweils auch in leich-  
 ter Sprache.

10. **Die SPD Berlin wird allen Gliederungen eine Hand-  
 reichung für barrierefreie und diversitätssensible  
 Veranstaltungsorganisation zur Verfügung stellen.  
 Diese Handreichung soll unter Beteiligung der  
 Arbeitsgemeinschaften Selbst Aktiv, SPD Frauen,  
 SPDqueer sowie Migration und Vielfalt erstellt wer-  
 den.**

### 3 Strukturen für mehr FINTA\*-Personen in der Partei

1. Wir streben Parität in allen Gremien, Delegationen  
 und Vorständen an. Die bisherige Mindestquote von  
 40 % nicht-männlicher Delegierten ist für uns nur  
 die Untergrenze.

2. Dies gilt auch für Nominierungen. **Wir streben eine  
 entsprechende Klarstellung in den Statuten an.**

3. Bei Veranstaltungen der SPD Berlin ist es unser  
 Anspruch, Podien geschlechtergerecht zu besetzen  
 und Redebeiträge mindestens hälftig von FINTA hal-  
 ten zu lassen.

4. Nachhaltige Verhaltensänderungen bei den han-  
 delnden Menschen sind die Voraussetzung für den  
 Abbau der Hürden für FINTA\* in der SPD. Der Lan-  
 desverband führt (wie im Leitbild für Gleichstellung  
 2014 vom Landesparteitag beschlossen) regelmäßi-  
 ge Gendertrainings ein, in denen Menschen in Füh-  
 rungspositionen in der Partei geschult werden. Laut  
 Leitbild soll diese für alle Mitglieder von geschäfts-  
 führenden Vorständen verpflichtend sein. Die Gen-  
 dertrainings werden mindestens zweimal jährlich  
 angeboten.

5. Mentoringprogramme und Empowerment-  
 Schulungen für FINTA\* werden vom Landesverband  
 finanziell wie organisatorisch unterstützt.

6. Auf Kreis- und Landesebene gibt es regelmäßig ei-  
 nen Kennenlern-Termin für die nicht-männlichen  
 Neumitglieder der Partei.

7. Die Social-Media- und Öffentlichkeitsarbeit der SPD  
 Berlin wird geschlechtergerecht gestaltet und auch  
 in der Außendarstellung FINTA\* angesprochen.

8. Doppelspitzen führen dazu, dass mehr FINTA\* in  
 Führungsverantwortung in der Partei gehen. Um die  
 Vertretung der Doppelspitzen auf der nächsthöhe-

208 fort. Diese soll eine Regelung erarbeiten, welche alle  
 209 nicht-männlichen Personen bei Quotierungen ad-  
 210 äquat berücksichtigt. Der Landesvorstand wird sich  
 211 nach Abschluss der Arbeit der Reformkommission  
 212 für eine entsprechende Änderung der Geschäftsord-  
 213 nung und eine Satzungsänderung auf Bundesebe-  
 214 ne einsetzen. Langfristig müssen wir erreichen, dass  
 215 alle nicht-männlichen Personen angemessen reprä-  
 216 sentiert und beteiligt werden, so z.B. auch bei den  
 217 Wahlen von Delegationen, Vorständen und Listen.

#### 219 **4 Familienfreundliche Parteilarbeit - Auf Sorgearbeit Rück-** 220 **sicht nehmen**

- 221
- 222 1. Auf größeren Veranstaltungen, insbesondere Lan-  
 223 desparteitagen, wird auch künftig eine Kinderbe-  
 224 treuung zur Verfügung gestellt. Daneben soll auf  
 225 Landesparteitagen ein Rückzugsort für Eltern und  
 226 Kinder eingerichtet werden, sofern dies organisato-  
 227 risch umsetzbar ist. Auch bei Kreisdelegiertenver-  
 228 sammlungen und Landesdelegiertenversammlun-  
 229 gen der Arbeitsgemeinschaften wird künftig - so-  
 230 fern noch nicht geschehen - Kinderbetreuung ange-  
 231 boten. Die Kinderbetreuung wird vorrangig vor  
 232 Ort angeboten. Sollten sich nur wenige Eltern auf  
 233 das Angebot zurückmelden, ist eine Übernahme von  
 234 Kosten für Babysitting gegen Vorlage der Rechnung  
 235 möglich. Im Vorfeld der Veranstaltung ist stärker  
 236 auf das Betreuungs- oder Kostenerstattungsange-  
 237 bot hinzuweisen und bereits in der Einladung als  
 238 Hinweis aufzunehmen. Auch bei weiteren Veran-  
 239 staltungen ist auf eine kinderfreundliche Kultur zu  
 240 achten (z.B. Kinderspielecke, kinderfreundliche Uhr-  
 241 zeiten, etc).
  - 242 2. Sich während Parteitagen und Kreisdelegiertenver-  
 243 sammlungen parallel um Kinder zu kümmern, ist  
 244 für die sorgearbeitende Person mit hohem Aufwand  
 245 verbunden. Damit sich diese Personen besser an De-  
 246 batten beteiligen können, nehmen wir ein außeror-  
 247 dentliches Rederecht für Delegierte mit Verantwor-  
 248 tung für Kinderbetreuung vor Ort auf Parteitagen in  
 249 die Geschäftsordnung auf.
  - 250 3. Sitzungen sollen insgesamt familienfreundlicher  
 251 werden. Familienfreundliche Sitzungszeiten und -  
 252 orte, beispielsweise im Freien oder am Wochenen-  
 253 de, alternierende Termine (andere Wochentage), hy-  
 254 bride Sitzungen oder die Abwechslung von Präsenz-  
 255 und digitaler Sitzung sind einige der Varianten,  
 256 die genutzt werden können, um mehr Mitgliedern  
 257 die Teilnahme zu ermöglichen. Um eine teilweise  
 258 Anwesenheit den Tagesordnungspunkten anpassen  
 259 zu können, werden Einladungen zu Gremiensitzun-  
 260 gen mit einer Tagesordnung und geplanter Bespre-

ren Ebene zu gewährleisten, wird das Statut geän-  
 dert, so dass sich Doppelspitzen mit Stimmberech-  
 tigung in den Gremien vertreten können.

9. Um die Diskriminierung von TINA\*Personen, die sich  
 weder als männlich noch als weiblich identifizieren,  
 in unserer Partei weiter abzubauen, setzen wir die  
 Arbeit der auf dem Landesparteitag 1\_2024 im An-  
 trag 09/I/2024 beschlossenen Reformkommission  
 fort. Diese soll eine Regelung erarbeiten, welche alle  
 nicht-männlichen Personen bei Quotierungen ad-  
 äquat berücksichtigt. Der Landesvorstand wird sich  
 nach Abschluss der Arbeit der Reformkommission  
 für eine entsprechende Änderung der Geschäftsord-  
 nung und eine Satzungsänderung auf Bundesebe-  
 ne einsetzen. Langfristig müssen wir erreichen, dass  
 alle nicht-männlichen Personen angemessen reprä-  
 sentiert und beteiligt werden, so z.B. auch bei den  
 Wahlen von Delegationen, Vorständen und Listen.

#### **4 Familienfreundliche Parteilarbeit - Auf Sorgearbeit Rück-** **sicht nehmen**

1. Auf größeren Veranstaltungen, insbesondere Lan-  
 desparteitagen, wird auch künftig eine Kinderbe-  
 treuung zur Verfügung gestellt. Daneben soll auf  
 Landesparteitagen ein Rückzugsort für Eltern und  
 Kinder eingerichtet werden, sofern dies organisato-  
 risch umsetzbar ist. Auch bei Kreisdelegiertenver-  
 sammlungen und Landesdelegiertenversammlun-  
 gen der Arbeitsgemeinschaften wird künftig - so-  
 fern noch nicht geschehen - Kinderbetreuung ange-  
 boten. Die Kinderbetreuung wird vorrangig vor  
 Ort angeboten. Sollten sich nur wenige Eltern auf  
 das Angebot zurückmelden, ist eine Übernahme von  
 Kosten für Babysitting gegen Vorlage der Rechnung  
 möglich. Im Vorfeld der Veranstaltung ist stärker  
 auf das Betreuungs- oder Kostenerstattungsange-  
 bot hinzuweisen und bereits in der Einladung als  
 Hinweis aufzunehmen. Auch bei weiteren Veran-  
 staltungen ist auf eine kinderfreundliche Kultur zu  
 achten (z.B. Kinderspielecke, kinderfreundliche Uhr-  
 zeiten, etc).
2. Sich während Parteitagen und Kreisdelegiertenver-  
 sammlungen parallel um Kinder zu kümmern, ist  
 für die sorgearbeitende Person mit hohem Aufwand  
 verbunden. Damit sich diese Personen besser an De-  
 batten beteiligen können, nehmen wir ein außeror-  
 dentliches Rederecht für Delegierte mit Verantwor-  
 tung für Kinderbetreuung vor Ort auf Parteitagen in  
 die Geschäftsordnung auf.
3. Sitzungen sollen insgesamt familienfreundlicher  
 werden. Familienfreundliche Sitzungszeiten und -  
 orte, beispielsweise im Freien oder am Wochenen-

- 261 chungszeit unterlegt.
- 262 4. Insbesondere digitale bzw. hybride Sitzungen und  
 263 Anwendungen sollen für eine bessere Vereinbar-  
 264 keit von Sorgearbeit und Engagement genutzt wer-  
 265 den. Die auf Landesebene tätigen Arbeitsgemein-  
 266 schaften, Fachausschüsse und Arbeitskreise sollen  
 267 einen Teil ihrer Sitzungen digital anbieten. Dafür  
 268 werden die Angebote für hybride Sitzungen im Kurt-  
 269 Schumacher-Haus ausgebaut. Digitale Tools können  
 270 die Zusammenarbeit erleichtern. Auch werden die  
 271 Ergebnisse der Sitzungen (u. a. in Protokollen) fest-  
 272 gehalten und zeitnah versandt. Neben dem KSH soll  
 273 langfristig auch in den Kreisbüros die Möglichkeit  
 274 für hybride Sitzungen geschaffen werden.
- 275 5. Die Geschäftsordnung wird dahingehend ange-  
 276 passt, dass reguläre Sitzungen nicht länger als zwei  
 277 Stunden dauern sollen. Verlängerungen müssen zur  
 278 Abstimmung gestellt werden. Redezeitbegrenzun-  
 279 gen und das Reißverschlussprinzip inkl. Regelungen  
 280 zu Ende der Debatte sollen in allen Sitzungen Stan-  
 281 dard sein.
- 282 6. Um mehr Sichtbarkeit für die Abwesenheit auf-  
 283 grund von Sorgearbeit zu erzielen, kann auf Wunsch  
 284 im Protokoll vermerkt werden, wenn jemand wegen  
 285 Sorgearbeit nicht teilnehmen kann.
- 286 7. Das Leitbild für Gleichstellung und eine Checklis-  
 287 te für die Organisation von Parteisitzungen und  
 288 -veranstaltungen werden im Infoportal bereitge-  
 289 stellt. Nach Parteiwahlen werden die geschäftsfüh-  
 290 renden Vorstände auf die Informationen im Infopor-  
 291 tal hingewiesen.

## 293 5 Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten (bzw. Ver- 294 trauens Beauftragten)

- 295
- 296 1. Zur besseren Verständlichkeit ihrer Aufgaben soll-  
 297 ten die Vertrauensbeauftragten in Gleichstellungs-  
 298 beauftragte umbenannt werden, wie dies bereits in  
 299 einigen Kreisen praktiziert wird. Sie sind Ansprech-  
 300 partner:innen für alle strukturellen gleichstellungs-  
 301 politischen Fragen innerhalb der Partei.
- 302 2. Für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten  
 303 auf Kreis- und Landesebene wird eine Aufgabenbe-  
 304 schreibung erstellt. Zu den Aufgaben gehören ins-  
 305 besondere:
- 306
- 307 • Begleitung der Umsetzung der Vorschläge im Lan-  
 308 desgleichstellungsbericht in den Abteilungen, Krei-  
 309 sen und im Land,
  - 310 • Leitbilder für Gleichstellung der Kreise,
  - 311 • Förderung der Gleichstellung von FINTA innerhalb  
 312 der Partei,
  - 313 • Ansprechperson bei Problemen von unquotierten

de, alternierende Termine (andere Wochentage), hy-  
 bride Sitzungen oder die Abwechslung von Präsenz-  
 und digitaler Sitzung sind einige der Varianten,  
 die genutzt werden können, um mehr Mitgliedern  
 die Teilnahme zu ermöglichen. Um eine teilweise  
 Anwesenheit den Tagesordnungspunkten anpassen  
 zu können, werden Einladungen zu Gremiensitzun-  
 gen mit einer Tagesordnung und geplanter Bespre-  
 chungszeit unterlegt.

4. Insbesondere digitale bzw. hybride Sitzungen und  
 Anwendungen sollen für eine bessere Vereinbar-  
 keit von Sorgearbeit und Engagement genutzt wer-  
 den. Die auf Landesebene tätigen Arbeitsgemein-  
 schaften, Fachausschüsse und Arbeitskreise sollen  
 einen Teil ihrer Sitzungen digital anbieten. Dafür  
 werden die Angebote für hybride Sitzungen im Kurt-  
 Schumacher-Haus ausgebaut. Digitale Tools können  
 die Zusammenarbeit erleichtern. Auch werden die  
 Ergebnisse der Sitzungen (u. a. in Protokollen) fest-  
 gehalten und zeitnah versandt. Neben dem KSH soll  
 langfristig auch in den Kreisbüros die Möglichkeit  
 für hybride Sitzungen geschaffen werden.
5. Die Geschäftsordnung wird dahingehend ange-  
 passt, dass reguläre Sitzungen nicht länger als zwei  
 Stunden dauern sollen. Verlängerungen müssen zur  
 Abstimmung gestellt werden. Redezeitbegrenzun-  
 gen und das Reißverschlussprinzip inkl. Regelungen  
 zu Ende der Debatte sollen in allen Sitzungen Stan-  
 dard sein.
6. Um mehr Sichtbarkeit für die Abwesenheit auf-  
 grund von Sorgearbeit zu erzielen, kann auf Wunsch  
 im Protokoll vermerkt werden, wenn jemand wegen  
 Sorgearbeit nicht teilnehmen kann.
7. Das Leitbild für Gleichstellung und eine Checklis-  
 te für die Organisation von Parteisitzungen und  
 -veranstaltungen werden im Infoportal bereitge-  
 stellt. Nach Parteiwahlen werden die geschäftsfüh-  
 renden Vorstände auf die Informationen im Infopor-  
 tal hingewiesen.

## 5 Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten (bzw. Ver- trauens Beauftragten)

1. Zur besseren Verständlichkeit ihrer Aufgaben soll-  
 ten die Vertrauensbeauftragten in Gleichstellungs-  
 beauftragte umbenannt werden, wie dies bereits in  
 einigen Kreisen praktiziert wird. Sie sind Ansprech-  
 partner:innen für alle strukturellen gleichstellungs-  
 politischen Fragen innerhalb der Partei.
2. Für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten  
 auf Kreis- und Landesebene wird eine Aufgabenbe-  
 schreibung erstellt. Zu den Aufgaben gehören ins-  
 besondere:

314 Listen, Kreis-, Abteilungs-, Arbeitsgemeinschafts-  
315 vorständen.

316

317 Ansprechpersonen für Fragen von Sexismus und anderen  
318 Formen von Diskriminierung sind die geschaffenen Awa-  
319 renessstrukturen.

320 1. Gleichstellungsbeauftragte werden künftig vom  
321 Landesvorstand, den Landesarbeitsgemeinschaf-  
322 ten, Fachausschüssen, den Kreisen und Abteilungen  
323 benannt. Bei den Arbeitsgemeinschaften sollte  
324 im Wahlprotokoll explizit ein Feld auf die Wahl  
325 von Gleichstellungsbeauftragten hinweisen, damit  
326 die Anzahl an Gleichstellungsbeauftragten in Ar-  
327beitsgemeinschaften zunimmt. Diese Funktion soll  
328 insbesondere von Vorstandsmitgliedern ausgeübt  
329 werden.

330 2. Die Gleichstellungsbeauftragten des Landes-  
331 vorstands und der Kreise erhalten eine eigene,  
332 unabhängige Mailadressen und sind auf der Web-  
333 seite der jeweiligen Gliederung auffindbar. Sie sind  
334 berechtigt, über die Kreisbüros oder das KSH die  
335 Mitglieder über ihre Arbeit zu informieren.

336 3. Auf Kreisebene wird empfohlen, Vernetzungsstruk-  
337 turen zwischen den Gleichstellungsbeauftragten  
338 der Kreise und Abteilungen zu schaffen. Dazu kön-  
339 nen insbesondere Gleichstellungskommissionen  
340 auf Kreisebene eingerichtet werden.

341

#### 342 **6 Stärkung der Landesgleichstellungskommission:**

343

344 1. Die Aufgabenbeschreibung der Landesgleichstel-  
345 lungskommission (LGK) wird erweitert. Neben der –  
346 durch das Kurt Schumacher Haus unterstützten - Er-  
347 stellung des Gleichstellungsberichts werden zu den  
348 Aufgaben auch die Erarbeitung von (strukturellen)  
349 Maßnahmen und Hilfestellungen zur Verbesserung  
350 der Gleichstellung im Landesverband gehören. Über  
351 die LGK sollte eine Koordination der Vertrauensbe-  
352 auftragten (künftig Gleichstellungsbeauftragten) in  
353 den Kreisen stattfinden.

354 2. Die LGK lädt zu Beginn einer Amtszeit nach den  
355 erfolgten Parteiwahlen alle Vertrauensbeauftrag-  
356 ten der Abteilungen, Kreise, Arbeitsgemeinschaften  
357 und Fachausschüssen ein und stellt sich und ihre Ar-  
358 beit vor. Dabei stellt sich auch das Awarenesssteam  
359 vor.

360 3. Die Landesgleichstellungskommission trifft sich  
361 mindestens einmal in jedem Quartal.

362 4. Die LGK wird als Kommission gem. § 23\* VII Statut  
363 vom Landesvorstand gebildet. Mitglieder der LGK  
364 sind:

365 • die Landesgleichstellungsbeauftragte, die vom Lan-  
366 desvorstand ernannt wird (Co-Vorsitz),

- Begleitung der Umsetzung der Vorschläge im Lan-  
desgleichstellungsbericht in den Abteilungen, Krei-  
sen und im Land,
- Leitbilder für Gleichstellung der Kreise,
- Förderung der Gleichstellung von FINTA innerhalb  
der Partei,
- Ansprechperson bei Problemen von unquotierten  
Listen, Kreis-, Abteilungs-, Arbeitsgemeinschafts-  
vorständen.

Ansprechpersonen für Fragen von Sexismus und anderen  
Formen von Diskriminierung sind die geschaffenen Awa-  
rennessstrukturen.

1. Gleichstellungsbeauftragte werden künftig vom  
Landesvorstand, den Landesarbeitsgemeinschaf-  
ten, Fachausschüssen, den Kreisen und Abteilungen  
benannt. Bei den Arbeitsgemeinschaften sollte  
im Wahlprotokoll explizit ein Feld auf die Wahl  
von Gleichstellungsbeauftragten hinweisen, damit  
die Anzahl an Gleichstellungsbeauftragten in Ar-  
beitsgemeinschaften zunimmt. Diese Funktion soll  
insbesondere von Vorstandsmitgliedern ausgeübt  
werden.

2. Die Gleichstellungsbeauftragten des Landes-  
vorstands und der Kreise erhalten eine eigene,  
unabhängige Mailadressen und sind auf der Web-  
seite der jeweiligen Gliederung auffindbar. Sie sind  
berechtigt, über die Kreisbüros oder das KSH die  
Mitglieder über ihre Arbeit zu informieren.

3. Auf Kreisebene wird empfohlen, Vernetzungsstruk-  
turen zwischen den Gleichstellungsbeauftragten  
der Kreise und Abteilungen zu schaffen. Dazu kön-  
nen insbesondere Gleichstellungskommissionen  
auf Kreisebene eingerichtet werden.

#### 6 Stärkung der Landesgleichstellungskommission:

1. Die Aufgabenbeschreibung der Landesgleichstel-  
lungskommission (LGK) wird erweitert. Neben der –  
durch das Kurt Schumacher Haus unterstützten - Er-  
stellung des Gleichstellungsberichts werden zu den  
Aufgaben auch die Erarbeitung von (strukturellen)  
Maßnahmen und Hilfestellungen zur Verbesserung  
der Gleichstellung im Landesverband gehören. Über  
die LGK sollte eine Koordination der Vertrauensbe-  
auftragten (künftig Gleichstellungsbeauftragten) in  
den Kreisen stattfinden.

2. Die LGK lädt zu Beginn einer Amtszeit nach den  
erfolgten Parteiwahlen alle Vertrauensbeauftrag-  
ten der Abteilungen, Kreise, Arbeitsgemeinschaften  
und Fachausschüssen ein und stellt sich und ihre Ar-  
beit vor. Dabei stellt sich auch das Awarenesssteam

- 367 • ein Mitglied des GLV der SPD Frauen (Co-Vorsitz)
- 368 • ein Mitglied des GLV,
- 369 • die von den Kreisen,Arbeitsgemeinschaften und
- 370 Fachausschüssen ernannten Gleichstellungsbeauf-
- 371 tragten, (falls keine Person ernannt wird, eine Per-
- 372 son aus dem Vorstand)
- 373 • ein:e Vertreter:in des ständigen Awarenessteams
- 374 mit beratender Stimme,
- 375 • eine vom KSH benannte hauptamtliche Ansprech-
- 376 person mit beratender Stimme.

### 378 **7 Nachwuchsförderung**

379  
 380 Die SPD lebt davon, dass sich Menschen aller Altersgrup-  
 381 pen mit unterschiedlichen Perspektiven einbringen. Junge  
 382 Menschen sind unsere Zukunft. Wir müssen deshalb vor  
 383 allem junge Menschen für die aktive Parteiarbeit gewin-  
 384 nen. Gleichzeitig sind aktuell zwei Drittel der Mitglieder  
 385 in der SPD Männer und nur ein Drittel Frauen. Wir setzen  
 386 deshalb einen Schwerpunkt bei der Förderung von weibli-  
 387 chen und nicht-männlichen Mitgliedern und verpflichten  
 388 uns zum Aufbau von weiblichem Spitzenpersonal auf al-  
 389 len Ebenen. Wir fördern gezielt das Engagement von mi-  
 390 grantisierten Menschen.

- 391 1. Wir werden gezielte und breite Kampagnen zur in-  
 392 haltlichen Ansprache in Sozialen Medien durchfüh-  
 393 ren.
- 394 2. Es soll eine Task Force unter Einbindung der Jusos ge-  
 395 gründet werden, die erarbeitet, wie konkrete junge  
 396 Menschen für die Partei gewonnen werden können.
- 397 3. Um gezielt FINTA anzusprechen wollen wir:  
 398 • gezielte jährliche (regelmäßige) Werbekampagne  
 399 für FINTA  
 400 • Familienfreundliche Onboarding-Angebote  
 401 • Onboarding-Angebote gezielt für Frauen, z. B. zum  
 402 Frauen-Netzwerken  
 403 • Zuteilung einer Ansprechpartner\*in als Begleitung  
 404 • FINTA\*Mentoring Programm  
 405 • Konsequenter Ausbau der Angebote für bspw. Semi-  
 406 nare, die bei der Entwicklung von Personen helfen  
 407 (Rhetorik, Orga etc.) und bei der zukünftigen Aus-  
 408 übung von Mandaten unterstützen.

### 410 **8 Austrittsmanagement**

411  
 412 Die SPD führt ein Austrittsmanagement ein, um austritts-  
 413 willige Mitglieder zurückzugewinnen Dies setzt zum ei-  
 414 nen eine strukturierte Erfassung der Austrittsgründe und  
 415 der Zeit der Mitgliedschaft voraus. Zum anderen ist im  
 416 Austrittsfall eine zielgerichtete Ansprache nach den fol-  
 417 genden Grundsätzen vorzunehmen:

- 418 • Die Austrittserklärung erfolgt ohne Angabe eines  
 419 Grundes: Der/die Mitgliederbeauftragte nimmt te-

vor.

3. Die Landesgleichstellungskommission trifft sich  
 mindestens einmal in jedem Quartal.
4. Die LGK wird als Kommission gem. § 23\* VII Statut  
 vom Landesvorstand gebildet. Mitglieder der LGK  
 sind:
  - die Landesgleichstellungsbeauftragte, die vom Lan-  
 desvorstand ernannt wird (Co-Vorsitz),
  - ein Mitglied des GLV der SPD Frauen (Co-Vorsitz)
  - ein Mitglied des GLV,
  - die von den Kreisen,Arbeitsgemeinschaften und  
 Fachausschüssen ernannten Gleichstellungsbeauf-  
 tragten, (falls keine Person ernannt wird, eine Per-  
 son aus dem Vorstand)
  - ein:e Vertreter:in des ständigen Awarenessteams  
 mit beratender Stimme,
  - eine vom KSH benannte hauptamtliche Ansprech-  
 person mit beratender Stimme.

### 7 Nachwuchsförderung

Die SPD lebt davon, dass sich Menschen aller Altersgrup-  
 pen mit unterschiedlichen Perspektiven einbringen. Junge  
 Menschen sind unsere Zukunft. Wir müssen deshalb vor  
 allem junge Menschen für die aktive Parteiarbeit gewin-  
 nen. Gleichzeitig sind aktuell zwei Drittel der Mitglieder  
 in der SPD Männer und nur ein Drittel Frauen. Wir setzen  
 deshalb einen Schwerpunkt bei der Förderung von weibli-  
 chen und nicht-männlichen Mitgliedern und verpflichten  
 uns zum Aufbau von weiblichem Spitzenpersonal auf al-  
 len Ebenen. Wir fördern gezielt das Engagement von mi-  
 grantisierten Menschen.

1. Wir werden gezielte und breite Kampagnen zur in-  
 haltlichen Ansprache in Sozialen Medien durchfüh-  
 ren.
2. Es soll eine Task Force unter Einbindung der Jusos ge-  
 gründet werden, die erarbeitet, wie konkrete junge  
 Menschen für die Partei gewonnen werden können.
3. Um gezielt FINTA anzusprechen wollen wir:  
 • gezielte jährliche (regelmäßige) Werbekampagne  
 für FINTA  
 • Familienfreundliche Onboarding-Angebote  
 • Onboarding-Angebote gezielt für Frauen, z. B. zum  
 Frauen-Netzwerken  
 • Zuteilung einer Ansprechpartner\*in als Begleitung  
 • FINTA\*Mentoring Programm  
 • Konsequenter Ausbau der Angebote für bspw. Semi-  
 nare, die bei der Entwicklung von Personen helfen  
 (Rhetorik, Orga etc.) und bei der zukünftigen Aus-  
 übung von Mandaten unterstützen.

### 8 Austrittsmanagement

420 lefonisch Kontakt auf.  
 421 • Als Austrittsgrund wird Unzufriedenheit mit poli-  
 422 tischen Entscheidungen auf Kreis/Land oder Bun-  
 423 desebene angegeben: Mit Bezugnahme auf die dar-  
 424 gestellten Argumente bietet der / die Mitglieder-  
 425 beauftragte schriftlich /per Mail ein klärendes Ge-  
 426 spräch an. Falls keine Reaktion erfolgt, wird die Kon-  
 427 taktaufnahme telefonisch versucht. Den Ehrenamt-  
 428 lichen werden hierzu Argumentationshilfen durch  
 429 die Fraktionen und dem Parteivorstand bereitge-  
 430 stellt.  
 431 • Als Austrittsgrund werden finanzielle Probleme (   
 432 z.B. Arbeitslosigkeit, Eintritt in den Ruhestand an-  
 433 gegeben) : Dem Mitglied wird eine Reduzierung des  
 434 Beitrags angeboten. In sehr gravierenden Fällen ( z.  
 435 B. Pflegefall) kann bei langjähriger Mitgliedschaft  
 436 geprüft werden, ob die Übernahme einer Paten-  
 437 schaft vermittelt werden kann.  
 438 Verantwortlich für die Dokumentation und Ansprache  
 439 sind die Mitgliederbeauftragten der Abteilungen. Falls das  
 440 austrittswillige Mitglied den entsprechenden Wunsch äu-  
 441 ßert, nimmt ein Mitglied des Abteilungsvorstandes bzw.  
 442 des Kreisvorstands an den Rückgewinnungsgesprächen  
 443 teil. Zur Unterstützung der Mitgliederbeauftragten er-  
 444 stellt die Organisationspolitische Kommission ein Hand-  
 445 out mit einem Leitfaden für die Dokumentation und Kom-  
 446 munikation. Es wird empfohlen, dass sich die Mitglieder-  
 447 beauftragten der unterschiedlichen Gliederungsebenen  
 448 regelmäßig über Erfahrungen und Entwicklungen austau-  
 449 schen, damit relevante Erkenntnisse allen zur Verfügung  
 450 stehen.  
 451  
 452  
 453  
 454  
 455  
 456  
 457  
 458

Die SPD führt ein Austrittsmanagement ein, um austritts-  
 willige Mitglieder zurückzugewinnen Dies setzt zum ei-  
 nen eine strukturierte Erfassung der Austrittsgründe und  
 der Zeit der Mitgliedschaft voraus. Zum anderen ist im  
 Austrittsfall eine zielgerichtete Ansprache nach den fol-  
 genden Grundsätzen vorzunehmen:

- Die Austrittserklärung erfolgt ohne Angabe eines  
 Grundes: Der/die Mitgliederbeauftragte nimmt te-  
 lefonisch Kontakt auf.
- Als Austrittsgrund wird Unzufriedenheit mit poli-  
 tischen Entscheidungen auf Kreis/Land oder Bun-  
 desebene angegeben: Mit Bezugnahme auf die dar-  
 gestellten Argumente bietet der / die Mitglieder-  
 beauftragte schriftlich /per Mail ein klärendes Ge-  
 spräch an. Falls keine Reaktion erfolgt, wird die Kon-  
 taktaufnahme telefonisch versucht. Den Ehrenamt-  
 lichen werden hierzu Argumentationshilfen durch  
 die Fraktionen und dem Parteivorstand bereitge-  
 stellt.
- Als Austrittsgrund werden finanzielle Probleme (   
 z.B. Arbeitslosigkeit, Eintritt in den Ruhestand an-  
 gegeben) : Dem Mitglied wird eine Reduzierung des  
 Beitrags angeboten. In sehr gravierenden Fällen ( z.  
 B. Pflegefall) kann bei langjähriger Mitgliedschaft  
 geprüft werden, ob die Übernahme einer Paten-  
 schaft vermittelt werden kann.

Verantwortlich für die Dokumentation und Ansprache  
 sind die Mitgliederbeauftragten der Abteilungen. Falls das  
 austrittswillige Mitglied den entsprechenden Wunsch äu-  
 ßert, nimmt ein Mitglied des Abteilungsvorstandes bzw.  
 des Kreisvorstands an den Rückgewinnungsgesprächen  
 teil. Zur Unterstützung der Mitgliederbeauftragten er-  
 stellt die Organisationspolitische Kommission ein Hand-  
 out mit einem Leitfaden für die Dokumentation und Kom-  
 munikation. Es wird empfohlen, dass sich die Mitglieder-  
 beauftragten der unterschiedlichen Gliederungsebenen  
 regelmäßig über Erfahrungen und Entwicklungen austau-  
 schen, damit relevante Erkenntnisse allen zur Verfügung  
 stehen.